

Stand: 23.02.2026 03:46:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21313

"Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende Beteiligung ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21313 vom 23.02.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24215 des SO vom 07.07.2022
3. Beschluss des Plenums 18/24470 vom 12.10.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende Beteiligung ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Unterstützung für den Landesheimrat (LHR) auszubauen und hierzu folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Gemeinsam mit dem LHR sind Formate zu erarbeiten, mit denen die Arbeit des Gremiums in den Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe besser bekannt und für alle betreuten Kinder und Jugendlichen zugänglich gemacht werden kann. Insbesondere Behinderten- und Kindereinrichtungen sind hier in den Blick zu nehmen.
2. Die Beteiligung der Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe an den Wahlen zum LHR sind intensiv zu fördern. Zudem soll geprüft werden, inwiefern die Einrichtungen nach § 8 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) zu einer Ermöglichung der Teilnahme der Kinder an den Wahlen zum Landesheimrat verpflichtet werden können.
3. Die Ausweitung des LHR auf junge Menschen in stationärer Betreuung der Eingliederungshilfe ist zeitnah umzusetzen.
4. Die Staatsregierung prüft, wie im Rahmen des LHR auch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die in Pflegefamilien betreut werden, ermöglicht werden kann.

Begründung:

Der LHR ist eine gewählte Vertretung, die sich für die Rechte und Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzt, die in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Bayern leben. Damit trägt der LHR wesentlich dazu bei, das Recht auf Partizipation dieser jungen Menschen zu verwirklichen.

Allerdings ist die bestehende Struktur unzureichend. Um die Arbeit des LHR besser zu unterstützen und auszubauen, sollten folgende Aspekte, die während der Anhörung zur Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie am 25.11.2021 zur Sprache kamen, Berücksichtigung finden:

Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe können sich an den Wahlen des LHR beteiligen – wenn sie davon wissen: Dort wo Ressourcen zur Unterstützung dieses Prozesses fehlen oder das Interesse der Erwachsenen, Jugendbeteiligung zu ermöglichen, nicht vorhanden ist, fehlt auch die entsprechende Vertretung. Daher regen wir an, alle Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe dazu zu verpflichten, die

Teilnahme der Kinder- und Jugendlichen an den LHR-Wahlen zu ermöglichen und dies verbindlich zu dokumentieren. Der amtierende LHR muss online und offline Möglichkeiten erhalten, in jeder Einrichtung über seine Arbeit und Struktur zu informieren.

Auch sind Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und vor allem die jüngsten betreuten Kinder bisher kaum am LHR. Hier sind inklusive Zugänge zu eröffnen und kontinuierlich zu unterstützen. Junge Menschen, die in Pflegefamilien betreut werden, haben gar keinen Zugang zum LHR. Hierfür sind Möglichkeiten der besseren Partizipation zu prüfen. Engagement im Rahmen des LHR ist gelebte Partizipation und Selbstwirksamkeit. Kinder und Jugendliche können hier Anerkennung erfahren und sich weiterentwickeln, indem sie sich für andere einsetzen. Die Vernetzung des LHR muss gezielt gefördert und ermöglicht werden, digital und analog.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/21313

**Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende
Beteiligung ermöglichen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatlerin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 69. Sitzung am 7. Juli 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/21313, 18/24215

Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende Beteiligung ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Auch bei den fraktionslosen Abgeordneten gibt es kein abweichendes Votum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. Juli 2022 (Vf. 11-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnern
 1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag

PII-G1310.22-0011
Drs. 18/24283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration.

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. August 2022 (Vf. 12-VIII-22 und Vf. 13-VII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
 2. Bayerische Staatsregierung
 3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 4. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 5. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 6. BayernSPD-Landtagsfraktion
 7. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
- vom 25. Juli 2022 über die Frage, ob § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
– Vf. 12-VIII-22 –
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist
- Vf. 13-VII-22 -

PII-G1310.22-0012

Drs. 18/24261 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒

Europaangelegenheiten

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative
 28.04.2022 - 21.07.2022
 Drs. 18/22849, 18/24389 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
 Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben
 24.05.2022 - 16.08.2022
 Drs. 18/23314, 18/24391 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde
 zu legen.

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch –
EU-Beihilfe
05.05.2022 - 18.07.2022
Drs. 18/23323, 18/24392 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

[illegible]

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament, den Rat,
die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts-
und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen;
EU-Justizbarometer 2022
COM(2022) 234 final
BR-Drs. 231/22
Drs. 18/23324, 18/24386 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	ENTH	Z

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21726, 18/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Öffnungszeiten 24/7 für digitale Kleinstsupermärkte
Drs. 18/22226, 18/24277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	Z	A	Z

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/22464, 18/24216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/22497, 18/24217 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl,
Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und
LKW-Führerscheine schaffen
Drs. 18/23210, 18/24320 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒ ENTH	☒	☒	☒	☒ ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen -
Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt
Drs. 18/23214, 18/24280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒ A	☒	☒

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern
Drs. 18/23218, 18/24303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒ A	☒ A

21. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller,
Florian von Brunn u.a. SPD
ÖPNV und SPNV in Bayern
Drs. 18/23219, 18/24322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒	☒ A	☒	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nitratausnahmeregelung für organischen Stickstoffdünger verlängern
Drs. 18/23316, 18/24213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart,
Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung Gewässerschutz und Artenvielfalt
Drs. 18/23353, 18/24281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU
Für mehr nachhaltige Energie im Kulturstaat Bayern: Gemeinsam die Herausforderungen von Energiewende und Denkmalschutz meistern
Drs. 18/23355, 18/24313 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung einer Warn-App für große Beutegreifer
Drs. 18/23369, 18/24214 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ENTH	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Fortschritte und Planungen für eine klimaresistente und klimaneutrale Staatsverwaltung
Drs. 18/23452, 18/24282 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	A	ENTH	☒

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Raubgrabungen verhindern, Kulturgut schützen!
Drs. 18/23453, 18/24312 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	ENTH	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner,
Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme –
Ökonomische Lage der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/23456, 18/24247 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☐ ENTH